

Danziger Zeitung.

Nr. 17423.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 1, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Insertate kosten für die sieben-gepflasterte gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Politische Uebersicht.

Danzig, 8. Dezember.

Zu den Nachdrucksprozessen in Sachen des kronprinzlichen Tagebuchs

bemerkte mit Recht die „Nation“:

„Diese Nachdrucksprozesse fragen, so weit wir zu sehen vermögen, ein gemeinsames Merkmal; sie richten sich ausnahmslos gegen Organe der freisinnigen Partei; dagegen ist es unbekannt, daß die „Allgemeine Militärzeitung“ in Darmstadt, welche die Schilbung der Schlacht von Königgrätz zuerst zum Abdruk gebracht hatte, oder daß die zahlreichen Kreis- und Amtsblätter, die nachgefolgt sind, beigleichen sich vor den Gerichten zu verantworten haben.“

Nun ist heute eine interessante Wendung eingetreten. Während der Strafprozeß gegen die „Kieler Zeitung“ wegen Nachdrucks aus dem kronprinzlichen Tagebuch von 1866 zuerst anhängig mit großem Eifer betrieben wurde, so daß der Angeklagte nur eine Frist von drei Tagen zur Klagebeantwortung gewährt wurde, war dann eine Erholung eingetreten. Zunächst war Termin zur Hauptverhandlung auf den 27. November angesetzt, dann wurde dieser Termin auf den 8. Dezember verschoben und schließlich, wie wir gestern meldeten, aufgehoben, ohne daß ein neuer Termin anberaumt worden wäre. Heute geht uns nun folgende Depesche zu

Kieler, 8. Dez. (Privatelegramm.) Der Kaiser hat den Strafantrag gegen die „Kieler Zeitung“ wegen Abdruks der Tagebuchaufzeichnungen des Kronprinzen über die Schlacht von Königgrätz zurückgezogen.

Es ist selbstverständlich, daß wir diese Nachricht mit aufrichtiger Genugthuung begrüßen, nicht im Interesse der „Kieler Zeitg.“, denn eine Verurtheilung derselben wäre wohl kaum möglich gewesen, wenn gleich die Zeiten vorüber sind, wo für alle preußischen Richter der Sinn des stolzen Wortes zutreffend war: Il y a des juges à Berlin. Aber es werden nunmehr eine ganze Reihe der peinlichsten Erörterungen anderer Art vermieden, und deshalb ist es dankenswerth, daß der Antrag auf Verfolgung der „Kieler Zeitung“, der einen von Hunderten und aber Hunderten von Zeitungen, welche die Tagebuchaufzeichnungen von 1866 unangefochten abgedruckt haben, aufgehoben worden ist.

Der Reichstag

hat gestern, wie vorauszusehen war, die erste Lesung der Alters- und Invalidenversorgungs-Vorlage noch nicht zu Ende geführt, obgleich die Sitzung fast sechs Stunden dauerte. Den eingehenden und seitens der Versammlung wie am Bundesratssitzung mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgten Vortrag hielt Abg. Schrader, dem es gelang, die Einzelheiten des Entwurfs im Zusammenhang der Socialpolitik zu beleuchten. Die Stellung der freisinnigen Partei zu dem Gesetzentwurf legt er so dar, wie wir es ähnlich bereits früher gehabt haben: die Partei wird mithelfen, die Mängel des Entwurfs zu verbessern, und endgültig erst dann Stellung nehmen können, wenn er seine definitive Gestaltung gewonnen haben wird.

In der nächsten Woche sollen noch erledigt werden, außer der Tages-Ordnung für Montag, die erste Lesung des Handelsvertrags mit der Schweiz und des Genossenschaftsgesetzes, die beiden Wahlprüfungen (Götz und Websky), wahrscheinlich ein Theil der Initiativvorschläge und so viel vom Statut wie angänglich. Am 15. Dezember (Gonnabend) wird der Reichstag alsdann wahrscheinlich in die Ferien gehen.

Freisinnige Anträge zur Militärgerichtsbarkeit.

Die freisinnige Partei wird, wie uns mitgetheilt wird, im Anschluß an die Verhandlungen vom Mittwoch in Bezug auf die Militärgerichtsbarkeit einbringen:

1. eine Resolution, welche die Revision des Militärstrafprozesses in der Richtung verlangt, welche in den bereits in den Jahren 1870 und 1873 vom Reichstage beschlossenen Resolutionen gefordert worden ist;

2. einen Gesetzentwurf, welcher bestimmt, daß die verabschiedeten Offiziere der Militärgerichtsbarkeit fernherin nicht mehr unterworfen sind.

Anträge in dieser Richtung wurden bekanntlich bereits in der Mittwochs-Sitzung des Reichstages von dem Abg. Richert angekündigt. Der Gesetzentwurf dürfte um so weniger auf Schwierigkeiten stoßen, als der Kriegsminister selbst erklärt hat, daß kein Grund vorliege, an der Militärgerichtsbarkeit für verabschiedete Offiziere festzuhalten. Auch die Resolution bezüglich der Revision des Strafprozesses wird hoffentlich angenommen werden. Vorwärts werden sich die Conservativen hinter die Stellung des Kriegsministers verschanzen, welcher eine jetzt vorzunehmende Revision des Militärstrafprozesses mit Rücksicht auf die reformirende Bewegung auf dem Gebiet des Civilprozesses ablehnte. Aber selbst die Nationalliberalen haben die in der freisinnigen Resolution verlangte Reform durch den Mund des Abg. Bernuth für dringender erklärt, als daß man auf die Fertigstellung des neuen Civilprozesses warten könnte, und den von dem Abg. Richert einzubringenden Antrag mit allen Kräften zu unterstützen versprochen.

Herr v. Bennigsen und Ostafrika.

Ogleich ein offizieller Anlaß zur Erörterung der colonialpolitischen Fragen zur Zeit noch nicht gegeben ist, findet in parlamentarischen Kreisen ein ziemlich lebhafte Gedankenauftausch statt, der an die mehr oder weniger bekannten Wünsche der Interessenten anknüpft. Sehr bemerkenswerth ist die bereits gemeldete Weigerung des

Herrn v. Bennigsen, zu einer Berufung in den Ausschuß der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft seine Zustimmung zu ertheilen. Es ist bekannt, daß Herr v. Bennigsen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des nordwestdeutschen Comités für die Emin-Pascha-Expedition zeitweise mit großer Entschiedenheit zu Gunsten des Herrn Peters eingetreten ist. Bei dem letzten Beschlüsse über die Aussendung des Premierleutnants Wissmann aber hat Herr v. Bennigsen wesentlich zu dem bekannten „Compromiß“ mitgewirkt, wonach Herr Wissmann nach eigener Wahl den Weg für die Emin-Pascha-Expedition bestimmt, während Herr Peters als Führer einer späteren Expedition fungiren soll, deren Abwendung von der Wiederherstellung der Herrschaft der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in den Küstengebieten abhängig bleibt. Daß die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft ihre Hoffnung zum Theil wenigstens auf den Reichstag setzt, oder vielmehr gesetzt hat, ist bekannt. Der Wunsch des Herrn v. Bennigsen, dem Ausschuß dieser Gesellschaft fern zu bleiben, wird dahin interpretirt, daß der Führer der nationalliberalen Partei sich von der Ausichtslosigkeit der Wünsche derselben, denen er noch in seiner Staatsrede freundlich gegenüberstand, überzeugt hat. Von irgend einer Neigung der Regierung, finanzielle Forderungen im Reichstage zu befürworten, ist bisher nichts bekannt geworden.

Zudem haben sich auch die optimistischen Auffassungen der Lage der Dinge in Ostafrika, welche Herr Peters noch in der letzten Generalversammlung des Colonialvereins vertreten hat, als thatsächlich unbegründet herausgestellt. Nach allen Meldungen aus Ostafrika greift der Aufstand immer weiter um sich, und auch in England beginnt man nachgerade zu befürchten, daß die Blokade auf die Zustände in dem Gebiete der englisch-ostafrikanischen Herrschaft ungünstig einwirken werde. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“, welches in der Person des früheren Hauptmanns Voosart, der während längerer Zeit mit Mr. Stanley gereist ist, einen eigenen Correspondenten nach Zanzibar geschickt hat, wäre auch Bagamoyo, einer der beiden noch behaupteten Stationen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, von den Auffständischen angegriffen worden, wobei einige Deutsche das Leben verloren hätten. Zunächst wird das freilich nur als ein in Zanzibar verbreitetes Gerücht bezeichnet, dessen Bestätigung abzuwarten ist. Bestätigt wird dagegen durch ein officielles Telegramm aus Zanzibar, daß von dem deutschen Blokade-Geschwader am 5. d. M. eine arabische Dhau mit 87 Sklaven aufgebracht und dabei eine Anzahl Araber gefangen genommen worden sind.

Die Vorgänge im Kriegerverein zu Horka.

Der Kriegsminister hat in der Reichstagsitzung vom 4. Dezember die Mitteilung des Abg. Richert über Vorgänge in dem Kriegerverein zu Horka deshalb beizeichnet zu wollen geglaubt, weil dieselben nur auf Zeitungsnachrichten beruhten. Alles, was der Abgeordnete vorgebracht habe für ihn nur den Werth anonyme Mitteilungen, und solche werfe er in den Papierkorb. Nach Ausweis des stenographischen Berichts hat Abg. Richert außer dem Bericht des „N. Görl. Anz.“ einen ihm persönlich zugegangen verlesen, wonach Premierlieutenant v. Albert zu Bremenhain den Brauermester Henke zu Horka beauftragt hat, für den 18. März d. J. die Führer des Horkaischen Kriegervereins und auch bestellige Mitglieder desselben in sein Lokal zu bestellen. Hr. v. Albert erschien vor der festgesetzten Stunde, sand aber 8 Mitglieder und sagte zu denselben:

„Ich komme auf Bezahl des Bezirkscommandos Muskau in meiner Eigenschaft als Bezirksoffizier der dritten Compagnie. Ich habe deshalb auch meine Uniform angelegt. Das Bezirkscommando ist durch allerhöchste Cabinetsordre und Erlass des Kriegsministeriums aufgefordert worden, Kriegervereine, welche bei den letzten Wahlen regierungsfeststimmig gewesen waren, unter direkte Aufsicht ihrer Bezirksoffiziere zu stellen. Ihnen seien speziell die Vereine in Horka und Geissendorf zur Beaufsichtigung unterstellt worden. Er wisse, daß Mitglieder freisinnig gestimmt hätten. Der Führer des Vereins sollte baldmöglichst eine Versammlung anberaumen und den Kameraden mittheilen, daß es keinem alten Soldaten und Mitgliede eines Kriegervereins, welche unter dem Protectorat des Kaisers ständen, gestattet sei, gegen die Regierungen, somit gegen den obersten Kriegsherrn zu stimmen. Gehören Sie immerhin stark vor; wenn auch 15 bis 20 Mitglieder ausscheiden; dafür gewinnen Sie vielleicht wieder welche von den Besser-gesinnigen.“ Wem die Person des Regierungskandidaten nicht angenehm sei, sollte bei den Wahlen lieber zu Hause bleiben. Auf den Hinweis des Führers, daß dem Verein statutenmäßig nicht gestattet sei, Politik zu treiben, entgegnete Herr v. Albert heftig: „Wenn Sie in diesem Sinne für die Regierung wirken, treiben Sie nicht Politik; aber wenn Sie einem freisinnigen Kandidaten Ihre Stimme geben, dann treiben Sie Politik.“

Wenn also, wie der Kriegsminister nachher aneutete, eine allerhöchste Cabinetsordre oder ein Erlass des Kriegsministeriums in dem von Hrn. v. Albert bezeichneten Sinne nicht vorliegt, so wird wohl die von dem Kriegsminister formulirte Frage bestätigt werden müssen, ob ein Bezirksoffizier, also ein Offizier des Beurlaubtenstandes, welcher mit gewissen militärischen Functionen zeitweise beauftragt wird, die Uniform oder seine Autorität, die er als Bezirksoffizier besitzt, missbraucht haben könnte.

Ein Vorschlag zur Güte in der „Kölner Zeitg.“

Die „Kölner Zeitung“, das in Köln ansässige, aber von Berliner Regierungskreisen aus beeinflußte „Weißblatt“ am Rhein ist großmuthig geworden. Es schlägt einen Vergleich mit den bösen Freisinnigen vor und erklärt sich bereit, die Freisinnigen nicht mehr als „Reichsfeinde“ zu bezeichnen,

wenn sie darauf verzichten, die „Kölner Zeitg.“ als officiös zu bezeichnen. Man kann ja zugeben, daß sie und da die Marke „officiös“ auch von freisinniger Seite missbraucht wird. Gewisse Zeitungen bezeichnen alle Auflerungen und Ansichten selbst in anderen freisinnigen Zeitungen, die ihnen nicht convenient, als officiös, so daß zur Erheiterung aller Wissenden zumal gut freisinnige Journalisten in einem freisinnigen Blatte als „Reptile“ behandelt worden sind. Das ist, wie gesagt, des Guten etwas sehr viel. Gleichwohl können wir auf den Vorschlag der „Kölner Zeitg.“ für unseren Theil nicht eingehen, um so weniger, als wir sehen, daß das Blatt, schlecht wie sein Gewissen ist, die größten Opfer bringen möchte, um sich von dem Makel eines officiösen Organs zu reinigen. Denn darauf verzichten, die freisinnigen als „Reichsfeinde“ zu bezeichnen, ist doch seitens eines Cartellblattes das denkbar größte Opfer. Für die freisinnigen liegt die Sache umgekehrt. Wir wenigstens machen uns aus dem Namen „Reichsfeind“ nachgerade gar nichts mehr. „Reichsfeind“ ist jeder, der nicht nach der Pfeife des Fürsten Bismarck und dessen Collegen tanzt, jeder, der eine selbständige Überzeugung hat, und vor allem jeder Liberal. Officiös sein ist an sich freilich auch nicht schlimm, sobald der Leser weiß, aus welcher Rüche die Röfe kommt, die ihm vorgesetzt wird. Die „Kölner Zeitg.“ und eine große Reihe ihrer Colleginen aber geben sich ihren Lesern gegenüber als unabhängige Zeitungen, die die Überzeugung der Redaktion Ausdruck geben; die Röfe aber, die sie ihren Lesern vorsetzen, stammt zum grössten Theile aus Regierungsküchen. Diese Art Presse wird von der Regierung mit Vorliebe benutzt, teils um den deutschen Leser glauben zu machen, die betreffenden Redaktionen schrieben in Vertretung der öffentlichen Meinung ganz wie die Regierung denkt, teils um Mittheilungen und Ansichten über auswärtige Dinge zu lancieren, ohne daß die Regierung den auswärtigen Regierungen gegenüber die Verantwortlichkeit für dieselben zu übernehmen braucht. Diese Art von Presse dient lediglich zur Verwirrung und Fälschung der öffentlichen Meinung und deshalb können wir unser Theil den Vorschlag der „Kölner Zeitg.“ nicht annehmen.

Die Verwaltungsgesetzgebung für Posen.

Die officiösen „Pol. Nachr.“ schreiben:

Wenn von der Übertragung der Verwaltungsgesetze auf die Provinz Posen die Rede ist, so wird dabei als entscheidender Gesichtspunkt dafür, in welchem Umfang und mit welchen Maßnahmen eine sothe Uebertragung stattfinden kann, die Frage gelten müssen, welche Wirkungen davon bezüglich des Schutzes des Deutschthums gegen Polonisierung zu erwarten sind. Alles, was diesen entscheidenden nationalen Rücksichten sich schädlich erweisen und insbesondere die Wirkungen der 1886 zur Förderung derselben erlassene Gesetze beeinträchtigen könnte, wird unterbleiben müssen selbst auf die Gefahr hin, an sich mangelhafte Einrichtungen zeitweilig noch beibehalten zu müssen.

In dieser Hinsicht wird für die Gestaltung der Gesetzgebung vor allem die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob im deutschnationalen Interesse die in der Kreisordnung vom 13. Dez. 1872 / 19. März 1881 vorge sehene Zusammensetzung des Kreistags an Stelle der gegenwärtigen ständischen Bildung mit Urteilstimme der Rittergüter zulässig sein wird. Denn von der Entscheidung dieser Frage hängt es ab, ob auf die Einführung der Provinzialordnung zur Zeit überhaupt noch verzichtet werden muß. In den Kreisen der dieserhalb gehörten Vertrauensmänner der Provinz sind die Meinungen getheilt bezüglich des Schutzes des Deutschthums gegen Polonisierung zu erwarten sind. Alles, was diesen entscheidenden nationalen Rücksichten sich schädlich erweisen und insbesondere die Wirkungen der 1886 zur Förderung derselben erlassene Gesetze beeinträchtigen könnte, wird unterbleiben müssen selbst auf die Gefahr hin, an sich mangelhafte Einrichtungen zeitweilig noch beibehalten zu müssen.

In dieser Hinsicht wird für die Gestaltung der Gesetzgebung vor allem die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob im deutschnationalen Interesse die in der Kreisordnung vom 13. Dez. 1872 / 19. März 1881 vorge sehene Zusammensetzung des Kreistags an Stelle der gegenwärtigen ständischen Bildung mit Urteilstimme der Rittergüter zulässig sein wird. Denn von der Entscheidung dieser Frage hängt es ab, ob auf die Einführung der Provinzialordnung zur Zeit überhaupt noch verzichtet werden muß. In den Kreisen der dieserhalb gehörten Vertrauensmänner der Provinz sind die Meinungen getheilt bezüglich des Schutzes des Deutschthums gegen Polonisierung zu erwarten sind. Alles, was diesen entscheidenden nationalen Rücksichten sich schädlich erweisen und insbesondere die Wirkungen der 1886 zur Förderung derselben erlassene Gesetze beeinträchtigen könnte, wird unterbleiben müssen selbst auf die Gefahr hin, an sich mangelhafte Einrichtungen zeitweilig noch beibehalten zu müssen.

In dieser Hinsicht wird für die Gestaltung der Gesetzgebung vor allem die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob im deutschnationalen Interesse die in der Kreisordnung vom 13. Dez. 1872 / 19. März 1881 vorge sehene Zusammensetzung des Kreistags an Stelle der gegenwärtigen ständischen Bildung mit Urteilstimme der Rittergüter zulässig sein wird. Denn von der Entscheidung dieser Frage hängt es ab, ob auf die Einführung der Provinzialordnung zur Zeit überhaupt noch verzichtet werden muß. In den Kreisen der dieserhalb gehörten Vertrauensmänner der Provinz sind die Meinungen getheilt bezüglich des Schutzes des Deutschthums gegen Polonisierung zu erwarten sind. Alles, was diesen entscheidenden nationalen Rücksichten sich schädlich erweisen und insbesondere die Wirkungen der 1886 zur Förderung derselben erlassene Gesetze beeinträchtigen könnte, wird unterbleiben müssen selbst auf die Gefahr hin, an sich mangelhafte Einrichtungen zeitweilig noch beibehalten zu müssen.

In dieser Hinsicht wird für die Gestaltung der Gesetzgebung vor allem die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob im deutschnationalen Interesse die in der Kreisordnung vom 13. Dez. 1872 / 19. März 1881 vorge sehene Zusammensetzung des Kreistags an Stelle der gegenwärtigen ständischen Bildung mit Urteilstimme der Rittergüter zulässig sein wird. Denn von der Entscheidung dieser Frage hängt es ab, ob auf die Einführung der Provinzialordnung zur Zeit überhaupt noch verzichtet werden muß. In den Kreisen der dieserhalb gehörten Vertrauensmänner der Provinz sind die Meinungen getheilt bezüglich des Schutzes des Deutschthums gegen Polonisierung zu erwarten sind. Alles, was diesen entscheidenden nationalen Rücksichten sich schädlich erweisen und insbesondere die Wirkungen der 1886 zur Förderung derselben erlassene Gesetze beeinträchtigen könnte, wird unterbleiben müssen selbst auf die Gefahr hin, an sich mangelhafte Einrichtungen zeitweilig noch beibehalten zu müssen.

In dieser Hinsicht wird für die Gestaltung der Gesetzgebung vor allem die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob im deutschnationalen Interesse die in der Kreisordnung vom 13. Dez. 1872 / 19. März 1881 vorge sehene Zusammensetzung des Kreistags an Stelle der gegenwärtigen ständischen Bildung mit Urteilstimme der Rittergüter zulässig sein wird. Denn von der Entscheidung dieser Frage hängt es ab, ob auf die Einführung der Provinzialordnung zur Zeit überhaupt noch verzichtet werden muß. In den Kreisen der dieserhalb gehörten Vertrauensmänner der Provinz sind die Meinungen getheilt bezüglich des Schutzes des Deutschthums gegen Polonisierung zu erwarten sind. Alles, was diesen entscheidenden nationalen Rücksichten sich schädlich erweisen und insbesondere die Wirkungen der 1886 zur Förderung derselben erlassene Gesetze beeinträchtigen könnte, wird unterbleiben müssen selbst auf die Gefahr hin, an sich mangelhafte Einrichtungen zeitweilig noch beibehalten zu müssen.

geschiedenen Kaiser und durch die freudig erregte Theilnahme, als Kaiser Wilhelm inmitten der an seiner Seite stehenden Fürsten zum ersten Male die Versammlung der deutschen Vertreter öffnete. Dies, sowie die bald darauf folgende Begrüßung des Kaisers seitens der Hauptstadt Stuttgart hätten erkennen lassen, daß die Einigung der deutschen Staaten durch das Band des Reiches eine treue Stütze in den Herzen des württembergischen Volkes gefunden habe. Die Thronrede geht sodann auf die erspielte Thätigkeit der Stände während der abgelaufenen Landtagsperiode über und zählt die auf allen Gebieten des Staatslebens zu Stände gekommenen Gesetze auf, wobei besont wird, daß ein günstiger Einfluß von den Veränderungen und Verbesserungen der Reichssteuergesetze auf den Staatshaushalt zu erwarten sei; namentlich werde der Eintritt in die Brannweinigungsgemeinschaft der Staatskasse einen namhaft höheren Ertrag gewähren. Die Thronrede schließt mit dem Ausdruck des Dankes für die Hingabe, mit der die Stände sich ihrer Aufgabe gewidmet, und für die einsichtsvolle Unterstützung, welche sie der Regierung gewährt hätten, und spricht die gnädigste Anerkennung des Königs aus.

Der Landtag wurde hierauf im Auftrage des Königs geschlossen.

Die Türkei unter Curatel.

Eine merkwürdige Entdeckung glaubt ein englisches Blatt gemacht zu haben. Der „Financial News“ folge, daß nämlich in Berlin ein Plan ausgearbeitet, dahingehend, das türkische Reich unter Curatel zu stellen, nach dem Muster des Systems, welches sich als so erfolgreich in Ägypten erwiesen hat. England, Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien sollen die gemeinschaftlichen Curatoren sein und die Bedenken des Sultans sollen dadurch überwunden werden, daß ihm eine reichliche Jahresapanage bewilligt wird. Wie das erwähnte Finanzorgan erfährt, soll die erste Anregung zu einem solchen Plan von Fürst Bismarck ausgegangen sein, und derselbe werde von ihm aus politischen wie finanziellen Gründen in hohem Grade begünstigt.

Natürlich muß das englische Blatt die Verantwortlichkeit für seine Nachricht allein tragen. Viel Glauben wird sie wohl nirgends finden.

Landeseisenbahnrath.

Berlin, 7. Dez. Die 13. Sitzung des Landeseisenbahnraths wurde heute von dem Vorsitzenden desselben Herrn Ministerialdirektor Breselb eröffnet. Seitens des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten waren noch anwesend die Herren Geheimen Oberregierungsräthe Dr. v. d. Leyen und v. Fleck und die Geheimen Regierungsräthe Hoeter und Ulrich. Wir haben aus den Verhandlungen folgendes hervor:

Für die Beförderung von Steinkohlen aus den ober- und niederschlesischen Bezirken nach Sachsen gelten, abgesehen von dem Verkehr nach den böhmisch-sächsischen Grenzstationen O

öffentlichen Arbeiten das Ersuchen zu richten, eine besondere Prüfung dahin eintragen zu lassen, ob und in wie weit es angängig sei, die nutzbringende Verwendung

1. derjenigen Düngemittel, deren Vorkommen auf ein begrenztes Gebiet beschränkt ist, und wie gewöhnlich zur Beprägung auf weitere Strecken gelangen, z. B. Kainit oder Aarnit in entlegene Landestheile.

2. derjenigen Düngemittel, welche in verhältnismäßig großen Massen verwendet werden müssen, die Mergel und Düngekalk in gewissen örtlich begrenzten Bezirken,

durch eine Frachtermäßigung zu fördern.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Von verschiedenen Seiten ist beantragt worden, daß die Fußböden der Diezwagen mit Sand oder anderem geeigneten Material zu bestreuen seien, damit ein Ausgleiten der Thiere verhindert werde. Der Ausschuss empfiehlt:

Eine Änderung des bisherigen Verfahrens, nach welcher auf den Staatsseisenbahnen, infolge eines Erlasses vom 4. Juli 1885, ohne eine Verpflichtung zur Beschaffung des Streumaterials zu übernehmen, das Streumaterial da, wo solches auf den Stationen vorhanden oder doch ohne Schwierigkeiten und Kosten beschafft werden kann, den Verfendern zum Bestreuen der Fußböden der Diezwagen unentgeltlich, an anderen Orten gegen Entstättung der Selbstkosten oder gegen eine diese Kosten deckende Gebühr zur Verfügung gestellt wird, nicht zu befürworten.

Der Landesseisenbahnrath schlägt sich dem Antrage des Ausschusses an.

Nach Erledigung einiger weiterer, für uns im Osten kein erhebliches Interesse bleibender Angelegenheiten wurde die Sitzung vertagt.

Reichstag.

10. Sitzung vom 7. Dezember.

Die erste Beratung der Alters- und Invalidenversicherung wird fortgesetzt.

Abg. Bühl (nat.-lib.) dankt den Regierungen für die fröhliche Veröffentlichung der Vorlage. Wir sehen in keiner der vorliegenden Fragen eine politische Frage; wir werden in allen Städten der Beratung der Belehrung zugänglich sein und die Gründe der Gegner, wenn sie besser sind, anerkennen. Meine Freunde glaubten, daß die Altersversicherung etwas Zusätzliches mit der Invalidität nicht zusammenhängend sei, aber wir müssen uns aus den Gründen, welche der Staatssekretär v. Bötticher ausführte, zur Zeit für die Aufrechterhaltung derselben aussprechen. Freilich liegt dabei die Frage nahe, ob es nicht nötig sein wird, die Altersgrenze herabzuzeigen. Wir werden dabei nicht so weit gehen, wie Dr. Grillenberger, weil dadurch die Mehrbelastung eine sehr bedeutende sein würde. Wenn man die Altersgrenze auf 60 Jahre herabsetzen würde, würden 200 000 ländliche und nur 97 000 gewerbliche Arbeiter unter die Altersversorgung fallen; das wäre eine Bevorzugung der ländlichen Arbeiter. Außerdem ist es vielleicht besser, das Krankenhauswesen dahin zu reformieren, daß die Untersuchungsduauer über 13 Wochen hinaus verlängert wird, wie das schon bei manchen Krankenhäusern geschehen ist. Eine besondere Prüfung verbietet die Versicherungspflichtigkeit der weiblichen Personen; es steht fest, daß nur wenige derselben in den Besitz der Rente gelangen werden, weil sie zumeist in Folge ihrer Verheirathung aus der Versicherungspflicht aussteigen werden. Man sollte daher Fürsorge dahin treffen, daß diesen weiblichen Personen für den Fall ihrer Verheirathung ihre Beiträge zurückbezahlt werden, wenigstens zum Theil. Wir haben ferner bei der Prüfung gefunden, daß eine so kleine Rente wirtschaftlich nicht richtig ist. Wir haben deshalb den Wunsch, daß die freiwillige Versicherung weiter ausgedehnt werden möge. Namentlich aber muß für die Sozialarbeiter Fürsorge getroffen werden, daß sie nicht durch die Art der Betriebe, in welchen sie beschäftigt sind, eine Verkürzung ihres Rentenanspruchs erfahren, weil sie nur für einen Theil des Jahres Beiträge zahlen. Vorsticht bei der Bewertung der Rente ist notwendig, weil eher eine Erhöhung, als eine Herabsetzung derselben nachträglich möglich ist. Wenn die anderen Culturstaten uns auf diesem Wege folgen werden, wird es möglich sein, die Rente höher zu bemessen. Grillenberger hat die Wirkung dieses Gesetzes durchaus unterschätzt und die Schwarmalerei zu weit getrieben. Zur Ehre des deutschen Arbeitersstandes will ich feststellen, daß es eine Ausnahme ist, daß der Arbeiter der Armenunterstützung versetzt. Die Ortsklassen glauben wir besser durch Lohnklassen ersehen zu können. Die Krankenhäuser haben schon teilweise die Durchschnittslöhne zur Bemessung der Beiträge und des Krankengeldes eingeführt, nicht die ortssüblichen Tagelöhne. Eine weitere Frage ist, ob das Kleinhandwerk ebenfalls unter das Gesetz fallen soll. Die Lage der Kleinmeister ist eine solche, daß es bedenklich wäre, derselben zwei Drittel des Beitrages aufzuzwingen. Die Sozialdemokraten wollen einen größeren Reichszuschuß; die Regierungsvorlage steht hier in der Mitte und hat wohl das Richtige getroffen. Der hier vorgeschlagene Reichszuschuß wird erfüllt, was wir und andere Parteien immer verlangt haben, er wird nämlich die Communen entlasten bei ihrer berufsgewöhnlichen Ausgabe, der Armenpflege. Auf die berufsgewöhnliche Organisation will ich nicht mehr eingehen, nachdem sie von der Tagesordnung verschwunden ist. Durch das vorgeschlagene System werden ungangbare Schwierigkeiten bereitstehen, das Rechnungsbureau wird sehr viele Beamte erfordern und die Versicherungsanstalten selbst werden dadurch sehr erheblich belastet. Je schwerer die auferlegten Lasten sind, um so breiter müssen die Schultern sein, welche sie tragen sollen. Frictionen zwischen der Reichsgewalt und der Staatsgewalt lassen sich beim richtigen Aufbau der Verwaltung wohl vermeiden. Wir können uns der Hoffnung nicht verschießen, daß die verbliebenen Regierungen einem Beschluss des Reichstages nach dieser Richtung hin zustimmen werden. Wir machen auch aus dieser Frage keine politische und keine Cabinetsfrage. Das Markensystem macht der Großindustrie keine Schwierigkeiten; aber wie steht es bei den kleinen Arbeitgebern, namentlich bei den kleinen Bauern, wo nicht bloß Wochenbeiträge, sondern auch Theilbeiträge in Betracht kommen? Die Marken kann man als Ausnahme gelten lassen bei den Arbeitern, bei welchen der Wechsel die Regel ist. Aber bei den seßhaften Arbeitern müßte ein einfacheres System eingesetzt werden. Ich hoffe, daß wir durch vereinigtes und gewissenhaftes Bemühen ein Gesetz zu Stande bringen, welches dem sozialen Frieden dient. (Beifall bei den Nat.-lib.)

Abg. Hitzé (Centr.) weist auf die stets bekundete Bereitwilligkeit des Centrums hin, für die sociale Lage der Arbeiter Fürsorge zu treffen. Seine Partei accoperte daher die Grundlage des Gesetzes und werde nur auf Verbesserung hinwirken. Keineswegs handele es sich bei demselben nur um eine verbesserte Armenpflege. Die katholischen Arbeiter sind mit dem Gesetze durchaus einverstanden. Schon eine geringe Rente, auf die der Arbeiter einen Rechtsanspruch hat, ist eine große Wohltat. Herr Grillenberger verlangt höhere Rente, selbst für den Fall, daß die Arbeiter auch erheblich höhere Beiträge zahlen müßten. Wolle Grillenberger den Arbeitern gegenüber hierfür die Verantwortung übernehmen? Im einzelnen ist das Gesetz mancher Verbesserungen bedürftig. So ist namentlich eine mehr individuelle Rentenabmessung notwendig, also nach Lohnstufen, und nicht nach Ortsklassen. Träger der Organisation der Alters- und Invaliden-Versicherung müssen die Berufsgenossenschaften sein, allerdings nach einer vorausgegangenen Reorganisation derselben. Da die Berufsgenossenschaften genaue Lohnstufen führen, wird dann auch eine individuelle Abmessung der Rente nach Maßgabe der Löhne sich leichter ermöglichen lassen. Für sehr gefährlich halte ich den Reichszuschuß. Aufgebracht wird derselbe doch selbstverständlich durch Steuern, und wer zahlt dieselben — namentlich bei dem jehigen indirekten Steuersystem? Die breiten Massen des Volkes!

Zur ersten Einrichtung will ich mir den Reichsbeitrag gefallen lassen. Aber als ständigen Zuschuß muß ich den Reichsbeitrag verwerfen. Ebenso verwerfe ich die Kapitalansammlung auf dem Wege des Umlageverfahrens. Die Arbeiter werden dadurch zu Gunsten der Zukunft belastet. Das ist um so weniger angebracht, als die Arbeiter in Zukunft, wenn sie den Segen dieser ganzen Versicherung kennen gelernt haben, viel mehr als jetzt bereit sein werden, Beiträge zu zahlen. Auch die Vermeidung der Rückvergütung von Beiträgen an Ausscheidende, besonders weibliche, ist eine Härte, die ausgleichen werden muss. Auch der Wiedereintritt Ausschiedener darf nicht dadurch erschwert werden, daß man denselben zumutet, die ausgefallenen Beiträge auch der Arbeitgeber nachzuzahlen. Ich wiederhole schließlich die Bereitwilligkeit des Centrums, daran mitzuwirken, für den sozialen Frieden, für die Versöhnung der arbeitenden Massen neue Grundlagen zu gewinnen.

Abg. v. Heldorf (conf.) stimmt diesem neuesten socialpolitischen Schritte grundätzlich zu. Im einzelnen findet er im Gegensatz zum Vorredner namentlich auch den Reichsbeitrag als durchaus gerechtfertigt, denn das Reich habe ein Interesse daran, für den wirtschaftlich schwachen einzutreten. Wenn Vorredner unter Hinweis auf die indirekte Steuerpolitik den Reichsbeitrag verwirft, so stellt sich derselbe in Wider-

nach Vereinigung mit der orthodoxen Kirche äußerten.

Bon der Marine.

* Der Aviso „Pfeil“ (Commandant Corvetten-Captain Herbing) ist am 6. Dezember cr. in Gibraltar eingetroffen und beabsichtigt am 8. des selben Monats wieder in See zu gehen.

Am 9. Debr. G. Danzig, 8. Dezbr. M. a. b. 10. 88. G. U. 3.36.

Wetteraussichten für Sonntag, 9. Dezbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seemarie und war für das nordöstliche Deutschland:

Vorliegend trübe, bedeckt, nasskalt, etwas

Niederschläge, zeitweise Sonnenblüte und etwas

Aufklärung, — lebhafte, böige und starke Winde

in den Küstengebieten auch stürmisch, später abnehmend. Viel Nebeldunst und vielerlei Nebel.

* [Kreistag.] Für den Kreis Danziger Höhe ist auf den 19. Dezember ein Kreistag anberaumt worden, dessen Hauptverhandlungsgegenstand auch hier, wie bei dem auf den 22. Dezember berufenen Kreistage für Danziger Niederung, die finanzielle Auseinandersetzung der beiden Danziger Landkreise und der Kreise Dirschau und Elbing bilden wird. Daneben stehen Wahlen für verschiedene Kreis-Commissionen auf der Tagesordnung.

* [Ueberschiffsmemmungsschaden.] Der durch das diesjährige Frühjahrs-Hochwasser in Westpreußen an Ländereien, Häusern, persönlichem Besitz angerichtete Gesamt-Schaden ist nunmehr auf 9280 000 Mk. abgeschätzt worden. Es entfallen davon 4 Mill. auf den Marienburger, 3½ Mill. auf den Elbinger Kreis. Selbstverständlich ist hierbei der Schaden an Eisenbahnwegen, Kreis- und Provinzial-Chausseen, Dämmen und Uferschutz-Anlagen nicht mitberechnet, der sich gleichfalls auf mehrere Millionen beläuft.

* [Personalkosten beim Militär.] Frhr. v. Puttkamer, Major und Escadrons-Chef vom 1. Leib-Hus.-Regt. Nr. 1, dem Regiment aggregirt; Freiherr v. Röder, Rittmeister und Escadrons-Chef vom 2. Württemberg. Drag. Regt. Nr. 26, als Escadrons-Chef zum 1. Leib-Hus.-Regt. Nr. 1 commandirt.

* [Samariterdienst.] Vom Beginn des Monats Januar ab wird Herr Dr. Pölchen, welcher Danzig am 1. April 1883 verläßt, wöchentlich einmal Unterricht an freiwillige Krankenträger erteilen. Dieser Unterricht, der zunächst für die Ausbildung solcher Leute bestimmt war, welche im Falle eines Krieges vielfach zu militärisch-saniären Zwecken eingesetzt werden, soll jetzt derart verallgemeinert werden, daß jeder, der sich für Behandlung Bewunder, Beschädiger — und dergleichen kommen hier in Danzig leider vielfach vor — interessirt, daran Theil nehmen kann. Da jeder in die Lage kommen kann, einem Verunglückten etc. die erste Hilfe leisten zu müssen, wobei es auf so mancherlei ankommt (Anfassen, Lagern, Tragen des Verwundeten, Schriftbewegung u. s. w.) so dürfte die Gelegenheit vielen willkommen sein. So lange Herr Dr. Pölchen noch hier ist, wird er den Unterricht in oben angegebener Zeit allwochentlich einmal leiten. Sollte er bis zum 1. April nicht damit fertig werden, dann soll die Fortsetzung durch Herrn Major a. D. Engel erfolgen, der im Semester 1887/88 einen Cursus von 7 Monaten selbstständig abgeschlossen und damit günstige Resultate erzielt hat. Melbungen zur Teilnahme sind an Herrn Dr. Pölchen oder Herrn Engel zu richten. — Wie wir hören, wird auch beabsichtigt, den oben erwähnten Unterricht an die Schuhmannschaft und an die Nachtwachmannschaft zu ertheilen, da sowohl Schuhleute wie Mäuleute häufig in die Lage kommen, Verwundeten die erste Hilfe zu leisten.

* [Provinzialverband württembergischer Frauen-Vereine.] In dieser Woche fand hier eine Versammlung des Vorstandes des Provinzial-Verbandes der westpreußischen Frauen-Vereine statt. In derselben wurde als Vorsitzende Frau Oberpräsident v. Leipziger, als Stellvertreterin Frau Regierungspräsident v. Heppen gewählt. Es wurden sodann zur Unterführung der Überschweinungen 6000 Mk. für Elbing, 4000 für Marienburg, 2000 für Stuhm, je 1000 für Schweb, Strasburg und Christburg, je 500 für Grauden und Neuenburg bewilligt. Der von Danzig gesiedelten bisherrigen Vorsitzenden des Provinzial-Vereins, Frau Oberpräsident v. Christburg, ist als Andenken an ihre Tätigkeit in diesem Kreise eine wertvolle Mappe mit den „Bauwerken Danzigs“ von Professor Schulz übersandt worden.

* [Östdeutscher Zweigverein für Rübenzucker-Industrie.] In dem hinteren Saale der Concordia fand heute Vormittag unter dem Vorsitz des Herrn Zuckersfabrikbesitzers Grundmann aus Tapien die zwölften Jahressammlung des Vereins statt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gab der Vorsitzende einen Überblick über die Vorgänge, welche zu dem Zusammentreffen der Londoner Zucker-Convention geführt haben, nach welcher bekanntlich die offene und verdeckte Prämienzahlung für Exportzucker unterdrückt werden soll. Zu denjenigen Ländern, welche diese Convention ohne Vorbehalt unterzeichnet haben, gehörte auch Deutschland; Frankreich dagegen habe seine Unterzeichnung an solche Bedingungen gehaftet, daß die Abneigung der Convention beizutreten, aus derselben hervorgehe. Doch lägen dort die Verhältnisse derartig, daß Frankreich allein keinen Widerstand leisten könne und der Convention über lang oder kurz beitreten müsse. Auch Amerika habe die Unterzeichnung verweigert, so daß der aus diesen Ländern stammende Zucker in den Conventionsländern besteuert werden müßte. Trotzdem sei nicht zu befürchten, daß bei einer derartigen Besteuerung des aus den Nichtconventionsländern stammenden Zuckers bei seinem Eingang in England sich dort ein Widerstand gegen die Convention erheben werde, welcher zu deren Belebung führen könnte, da der Bedarf Englands durch die englischen Colonien und Deutschland überreichlich gedeckt würde. Es hätten sich gegen die Londoner Convention in Deutschland viele Gegner erhoben, und von dem Hallischen Zweigverein sei ein Antrag auf Verwerfung derselben an den Reichskanzler gerichtet worden; doch könne dieser nicht befestigt werden, da die deutsche Zuckerindustrie bei einem ehrlichen Wettkampf die Prämien entbehren könnte. Die Convention sei entschieden ernst gemeint und geeignet, der deutschen Industrie diesen ehrlichen Wettkampf zu gewähren. Man habe in Deutschland in dem letzten Jahre hohe Preisschwankungen von 5 bis 10 Mk. für den Centner ertragen, und diesen gegenüber sei die Höhe der Prämien doch zu geringfügig, als daß die Industrie von ihnen abhängig sei. Schließlich stellte der Vorsitzende eine Resolution zur Discussion, in welcher erklärt wird, daß die Londoner Convention zum allgemeinen Besten ausgeführt werden und der Industrie nützlich sein könne, wenn damit eine Ermäßigung der Zuckertaxe überhaupt verbunden sei. Es müsse aber die Regierung darüber wachen, daß jeder Mißbrauch unterdrückt und gegen die Nichtconventionsstaaten jedes Mittel angewendet werde, welches den Zweck der Convention fördern könnte. Von einem Gegner der Convention wurde darauf hingewiesen, daß dann die Industrie die Prämie von 1 Mk. verlieren werde und daß dann der Rohzucker den bis heute geschützten Rübenzucker verdrängen werde. Demgegenüber wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß wegen Mangel an Arbeitskräften die Plantagenbesitzer in einer sehr bedrängten finanziellen Lage seien, so daß deren Konkurrenz nicht zu sehr zu fürchten sei. Nach einem Schlussworte des Vorsitzenden stimmten von den anwesenden Vertretern 18 Fabriken für, nur eine gegen die Resolution. — Bei der Besprechung über das neue Zuckertaxegesetz und die dabei etwa zu Tage getretenen Schwierigkeiten in der Handhabung derselben

wurde im allgemeinen anerkannt, daß die Steuerbehörde sich sehr entgegenkommend zeige. Einige Schwierigkeiten würden voraussichtlich Abhilfe finden.

— Da es sich in Zuckersfabriken nicht vermeiden läßt, daß dieselben von fremden Personen betrieben werden, auf welche sich das Haftpflichtgesetz nicht erstreckt, und da es vorgekommen ist, daß derartige Personen unglücklich sind, so war auf Anregung eines Zweigvereins von dem Directorium eine Anfrage gestellt worden, ob es nicht zweckmäßig sei, einen auf Gegenleistung beruhenden Versicherungsverband zu begründen, um derartige verunglückte Personen zu entschädigen. Die Versammlung erklärte sich mit der Gründung eines derartigen Versicherungsverbandes einverstanden und ermächtigte den Vorstand, in dieser Richtung sich mit dem Directorium des Centralverbandes in Einverständnis zu setzen. Als Deputirter zu dem Vereine für die Herbeiführung einer besseren Zuckerstatistik wurde Herr Grundmann gewählt. Hierauf trat die Versammlung in die Verhandlung einer Reihe von chemisch-technischen Fragen ein, die lediglich für Fachleute von Interesse waren. Nach dem Schluß der Versammlung vereinigten sich die Theilnehmer zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen.

* Der Landrichter Reichel in Schneidemühl ist zum Landgerichts-Director in Gnevez und der Rechtsanwalt v. Lewicz in Thorn zum Notar dasselbst ernannt worden.

Königsberg, 7. Dezember. Bekanntlich wurde in der Nacht vom 10. zum 11. Februar vorigen Jahres ein Einbruch in die hiesige Schloßkirche ausgeführt und dabei verschiedene Gegenstände gestohlen, deren reeller Wert etwa 1600 Mark beträgt, während der Kunstschatz und der historische Wert unzählbar ist. Einzelne Gegenstände waren Arbeiten der vollendeten Goldschmiedekunst früherer Jahrhunderte. Man ist nun bemüht gewesen, die in Stücken und Scherben wiedergefundenen Gegenstände zusammen zu setzen; leider ist der weitere Versuch aufgegeben worden, da nicht nur einzelne Theile gänzlich fehlen, sondern auch Zeichnungen und Beschreibungen der wertvollen Sachen nicht vorhanden sind. Nur ein Ordensstern und ein Ordenskreuz sind von ihrem Untergange gerettet worden. (A. S. J.)

* [Arbeitszüge.] Seitens der Direction der Ostbahn ist bei den Magistraten aller größeren Städte angefragt worden, ob es mit Bezug darauf, daß diese Städte Arbeiterbergen, welche weit ab von ihrem Wohnorte arbeiten, nicht angezeigt wäre, vorläufig jeden Sonnabend sogenannte Arbeiterzüge abzulassen, mit welchen diese Arbeiter für 1 Pfennig pro Kilometer und so den Sonntag bei ihren Familien zu bringen können.

[Polizeibericht vom 8. Dezember.] Verhaft: 1 Arbeiter, 1 Schlosser wegen groben Unfugs, 2 Bettler, 1 Betrunkenen, 2 Dirnen. — Gestohlen: 1 blaues Wollhemd, 1 dunkles Parochenhemd, 1 leinenes Hemd. — Gefunden: 1 Postkarte mit Antwort, 1 Schlüssel, 1 Taschentuch, 1 Kleidstückchen, 1 Lotterielos, abzuholen von der Polizei-Direction.

- Stuhm, 7. Dezbr. Ein Bubenstück erregt hier allgemeine Entrüstung. An dem katholischen Hospital befindet sich nach der Hauptstraße der Stadt zu ein etwa 1 Meter hohes Crucifix. Von ruchlose Hand wurde nur — offenbar in der Dunkelheit — die Holzfigur Christi gewaltsam vom Kreuz abgerissen, durch Beleidigung verunstaltet und hingeworfen. Die eifrigsten Recherchen nach dem bzw. den Thätern haben bis heute zu keinem Resultat geführt. — Bei der am 5. d. im Forstlauf Weißhof (Oberförsterei Rehofs) abgehaltenen Treibjagd — der ersten in diesem Jahre — wurden 35 Hasen und 1 Fuchs erlegt. — Anfangs dieser Woche nahm ein Gattergeflügel aus unbekannten Motiven im Nicolaiker Wäldchen durch Erhängen sich das Leben.

(=) Aulm, 7. Dezbr. Ein Bubenstück erregt hier allgemeine Entrüstung. An dem katholischen Hospital befindet sich nach der Hauptstraße der Stadt zu ein etwa 1 Meter hohes Crucifix. Von ruchlose Hand wurde nur — offenbar in der Dunkelheit — die Holzfigur Christi gewaltsam vom Kreuz abgerissen, durch Beleidigung verunstaltet und hingeworfen. Die eifrigsten Recherchen nach dem bzw. den Thätern haben bis heute zu keinem Resultat geführt. — Bei der am 5. d. im Forstlauf Weißhof (Oberförsterei Rehofs) abgehaltenen Treibjagd — der ersten in diesem Jahre — wurden 35 Hasen und 1 Fuchs erlegt. — Anfangs dieser Woche nahm ein Gattergeflügel aus unbekannten Motiven im Nicolaiker Wäldchen durch Erhängen sich das Leben.

(=) Aulm, 7. Dezbr. Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung ist Folgendes zu berichten: Die Verhandlungen mit dem Baumeister Osthoff in Plauen wegen Erbauung eines Schlachthauses haben sich verzögert, da derselbe angeblich wegen der hierorts bestehenden abnormalen Verhältnisse nicht im Stande ist, ein Bauprojekt in Höhe von 75 000 Mk. zur Genehmigung vorzulegen. Es ist daher beschlossen worden, das schon früher vom Maurermeister Stefanski ausgearbeitete Projekt in einzelnen Beziehungen vervollständigen zu lassen und danach den Bau des Schlachthauses in Angriff zu nehmen. Mit dem Bau des Knabenschulhauses wird nun doch endlich im Frühjahr 1889 vorgegangen werden. Das Gehalt für einen engagierten Bautechniker haben die Stadtverordneten bewilligt. — Den elocutionberechtigten Hausbesitzern werden am 20. Dez. 25—26 000 Mk. neben 4700 Mk. Weidebeschädigung für das abgelöste Recht der freien Auhweide ausgestellt werden. — Geplant wird, den jährlichen Umzugstermin vom 1. Juli auf den 1. Oktober zu versetzen, und zwar des Ablasses wegen, welcher in der hiesigen katholischen Kirche am 2. Juli gefeiert wird. Vor mehr als 30 Jahren war der Oktober der jährliche Umzugstermin, welcher wegen des schlechten und nassen Wetters, bas der Monat Oktober meist bringt, auf den 11. Juli und vor etwa 7 Jahren auf den 1. Juli verlegt wurde.

Schlochau, 6. Dezbr. Der hiesige Kreistag hat gestern einstimmig erklärt, daß er sich nicht in der Lage befindet, aus der Zahl der im § 74 der Kreisordnung bezeichneten Personen geeignete und bereite Persönlichkeiten zum Landrat in Vorschlag zu bringen, und hat deshalb gebeten, den gegenwärtig mit der Verwaltung des Landratsamts betrauten Regierungsschreiber Dr. Kersten zum Landrat des Kreises Schlochau zu ernennen. Ferner bewilligte der Kreistag für die Trinkhallen

er selbst ein unverantwortliches Opfer teuflischer Gewalt.

Die gestrige Darstellung war eine anständige, die von dem künstlerischen Eifer der Minnerven- den zeigte und der es an Beifall nicht fehlte, welcher den Herren Kleinecke (Othello), Weißlich (Jago) und Fr. Immisch (Desdemona) wieder holt lebhaft bezeugt wurde. Manches Einzelne wurde auch gegeben; die volle dramatische Wirkung wurde aber nicht erreicht. Fr. Kleinecke besitzt die volle Kraft der Darstellung und der Stimmung und das Spiel vertrieb durchweg eingehendes Studium der Rolle. Der Vortrag, der bei ruhigem Sprechen von musterhafter Deutlichkeit ist, verliert dieselbe aber bei beschleunigtem Tempo der Rede. Die Erzählung vor dem Senat im 1. Akt ist wirksamer, wenn sie in schlichtem Erzählton ohne sorgsame Charakterisierung aller Details gegeben wird. Fr. Weißlich traf den Ton für den Jago gut, namentlich gelang der gelegentlich humoristische Anflug. Auch Fr. Immisch fand sich mit den Aufgaben ihrer Partie im ganzen anerkennenswerth ab. Von den übrigen Rollen haben wir die Enilia der Fr. Staudinger, den Brabantio des Hrn. Matthes und den Cassio des Hrn. Remond als verdienstvolle Leistungen hervor.

Literarisches.

○ Von der im Verlage von Carl Sieger Nachf. in Berlin W. erscheinenden neuen Ausgabe von Captain Marryat's Romanen gelangte soeben Lieferung 5, 6 und 7 zur Ausgabe. Dieselben enthalten den Schluß des überaus spannenden Romans „Der liegende Holländer“ und den Anfang eines der fesselnden Werke Marryat's „Röntgen-Eigen“. Marryat's Schriften nehmen eine eigene Stellung in der Literatur ein. Ihr klassischer Werth enthebt sie der Vergänglichkeit, sie befreuen den Geist des Meisters, der in ihnen bedeutungsvolle Schöpfungen hinterlassen. Längere Zeit haben die Marryat'schen Schriften auf dem deutschen Büchermarkt gefehlt und dadurch ist, wie wir schon in unserer ersten Besprechung hervorgehoben haben, eine fühlbare Lücke in demselben zu Tage getreten, welche die Verlagsabhandlung auszufüllen im Begriffe steht, indem sie in der vorliegenden neuen Ausgabe zum ersten Male die unvergänglichen Werke Marryat's auch in einem äußeren Gewande, das dem klassischen, inneren Werthe derselben entspricht, darbietet. Wie uns übrigens mitgetheilt wird, sollen bis Weihnachten die beiden Romane „Der liegende Holländer“ und „Röntgen-Eigen“ vollenbet vorliegen. Dieselben dürften ohne Zweifel einen sehr passenden Weihnachtsgeschenk für Anabéen sein.

Vermischte Nachrichten.

London, 6. Dezbr. Das britische Handelsamt hat dem Capitän des norddeutschen Dampfers „Gale“, H. Richter, ein Teleskop zuerkannt, in Anerkennung der gütigen Behandlung, welche er der schiffbrüchigen Mannschaft der britischen Barke „Neu Brunswick“ aus London, welche er am 18. Oktober 1887 auf See rettete, angebieten ließ. Dem vierten Steuermann, C. Devers, dem zweiten Hochbootmann, C. Stilwitz, und den Matrosen Borgmann, Mann und Prillwitz, welche die Mannschaft des Bootes bildeten, das herabgelassen wurde, um die schiffbrüchige Mannschaft zu retten, aber deren Dienste nicht erforderlich waren, da die Mannschaft von ihren eigenen Booten Gebrauch mache, hat das Handelsamt Geldbelohnungen bewilligt.

Schiffs-Nachrichten.

Kopenhagen, 6. Dez. Das Schiff „Karl Friedrich“, von St. Davids nach Kolberg mit Kohlen, ist bei Skagen gestrandet und wrack geworden. Besatzung per Rettungsboot gerettet.

Zuschriften an die Redaktion.

Wir werden ersucht, folgenden Bemerkungen zu den in dem landwirtschaftlichen Artikel über „Verwertung des Schlachtwiehs“ (Freitag-Morgen- ausgabe) enthaltenen Berechnungen des Professors Feier Raum zu gewähren:

Ein fetter Ochse von 15 Ctr. würde nach meinen Erfahrungen als Gackhundiger nachstehendes Exempel geben:

Fleisch 50 Proc. 750 Pf. a 50 Pf. 375.00 Mk.
für Ausfall und Ein-
trocken ab 50 Pf. 25.00
Talg 5 Proc. 350.00 Mk.
Kopf, Füße, Gingegeide 10 Proc. 150 Pf. rot. 20.00
Haut 6 Proc. 90 Pf. a 25 Pf. 22.50
Blut u. Abfall 29 Proc. 435 Pf.
1500 Pf. 415.00 Mk.

Die Preise für das Fleisch berechnen sich im Durchschnitt. Hier zahlt der Fleischer 28 Mk. pro Centner lebend Gewicht = 390 Mk., mithin bleibt ein Rein- gewinn von 25 Mk., und dieses alles für Arbeit, Ver- zinsen des Kapitals, Unkosten und Risiko. Was den Kopf, die Füße und Gingegeide betrifft, ist es kaum gläublich, daß hier jemand dasselbe nach Gewicht kauft; hier wird es unter dem Namen Abfall verkauft und es ist der angeführte Preis ein hoher.

Vor Jahren bildete sich hier ein Fleisch-Consumverein, um unserer Bevölkerung ein billiges und gutes Fleisch zu liefern, und wie lange hat es gedauert, da wurde der Concours angemeldet. Wenn dieser Verein den hohen (unglaublichen) Gewinn des Herrn Professor Feier gehabt hätte, wäre er nicht zu Grunde gegangen, sondern hätte seinen Mitgliedern eine hohe Dividende zahlen können, oder haben die betreffenden Geschäftsführer das Geschäft nicht verstanden? Dann wäre es wünschenswerth, wenn der Herr Professor, der so vorzüglich mit Zahlen umzugehen versteht, hier einen Verein gründen wollte. Am Ende würde ihn dasselbe Schicksal erreichen, er müßte aber nicht vergessen, das Vieh aus Schwedenland zu beziehen.

Danzig, 7. Dezember. Schmiedeknecht, Fleischermeister u. Pächter des städt. Viehhofes.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Danzig, 8. Dezbr. (W. I.) Ein von den Aufständischen gegen die deutsche Station Bagamoyo unternommener Angriff ist mit Hilfe von Mannschaften des Kriegsschiffes „Leipzig“ zurückgeschlagen worden.

Berlin, 8. Dezbr. (Privatelegramm.) Das heute ausgegebene Weißbuch umfaßt die Zeit vom 5. Mai bis 4. Dezember 1888 und enthält insgesamt 44 Piecen, darunter 21 Berichte des deutschen Generalconsuls in Janjibar. Ein Erlass des Reichskanzlers vom 6. Oktober 1888 ist genehmigt das Versfahren bei der Flaggenhissung, die überhaupt weder geboten noch ratsam war und sich nicht mit der Auffassung vertrug, daß die Verwaltung des Küstengebietes unter Wahrung der Souveränität des Sultan von Janjibar erfolgen sollte. Ueberhaupt mußte die ostafrikanische Gesellschaft angefischt der schwachen Stellung der deutschen Verwaltung unter Schonung aller nationalen Vorurtheile der Bevölkerung durch geschickte

Behandlung des Sultans und seiner Wallis gerade diese ihren Zwecken dienstbar zu machen suchen. Die übrigen Berichte und Aktenstücke des Weißbuchs melden im wesentlichen Bekanntes über die Vorgänge an der Küste von Janjibar, die Verhandlungen zwischen England und Deutschland, sowie über die Heranziehung Portugals, des Kongostaats, Italiens und Frankreichs.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung

Berlin, 8. Dezember.

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Weizen, weiß	177.50	177.70	177.50
April-Mai.	23.00	203.50	104.50
Roggen	154.00	154.00	157.90
Dez.	157.20	157.50	167.50
Petroleum br.	200 %	24.90	24.70
Leico.	60.50	61.00	59.00
April-Mai.	59.00	59.20	58.50
April-Juni	34.10	34.00	34.10
April-Mai.	35.90	35.80	35.90
April-Juni	107.80	107.90	107.80

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Commodore.	104.50	104.50	104.50
Frank.-Actien.	217.30	218.00	217.30
Disc.-Comm.	167.50	167.50	167.50
Geschäft.	128.50	128.70	128.50
Notes.	187.50	187.40	187.50
Wirths-kurs.	206.50	206.70	206.50
London kurz	20.35	20.35	20.35
London lang	20.25	20.21	20.25

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Bank.	141.50	141.50	141.50
Priority.	132.00	132.00	132.00
Billards.	111.90	112.48	111.90
Gi.	89.75	89.80	89.75
Standard	120.75	122.50	120.75
Bank.	100.25	100.15	100.25

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Delmuth.	128.50	128.70	128.50
Priority.	110.10	100.90	110.10
Billards.	101.00	100.90	101.00
Gi.	90.50	90.50	90.50
Standard	120.75	122.50	120.75
Bank.	100.25	100.15	100.25

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Delmuth.	128.50	128.70	128.50
Priority.	110.10	100.90	110.10
Billards.	101.00	100.90	101.00
Gi.	90.50	90.50	90.50
Standard	120.75	122.50	120.75
Bank.	100.25	100.15	100.25

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Delmuth.	128.50	128.70	128.50
Priority.	110.10	100.90	110.10
Billards.	101.00	100.90	101.00
Gi.	90.50	90.50	90.50
Standard	120.75	122.50	120.75
Bank.	100.25	100.15	100.25

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Delmuth.	128.50	128.70	128.50
Priority.	110.10	100.90	110.10
Billards.	101.00	100.90	101.00
Gi.	90.50	90.50	90.50
Standard	120.75	122.50	120.75
Bank.	100.25	100.15	100.25

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Delmuth.	128.50	128.70	128.50
Priority.	110.10	100.90	110.10
Billards.	101.00	100.90	101.00
Gi.	90.50	90.50	90.50
Standard	120.75	122.50	120.75
Bank.	100.25	100.15	100.25

Wochen	Zeit	Ort v. 7	Ort v. 7
Delmuth.	128.5		

Am Donnerstag Abend verschied
Sant am lieber College, der
Vollgebühr Bruno Sprung im
Alter von 20 Jahren.
Die Beamten des Postamtes
Danzig.

Naturforschende Gesellschaft.

Mittwoch, den 12. bis. Mis.,
Abends 8 Uhr:

Sitzung der Anthropologischen Section.

Tagesordnung:
1. Der Silberfund von London
von Herrn Direktor Conwenh.
2. Die Ausgrabungen des Herrn
Dr. Llerau bei Lissnau und
Rostkau.
3. Literaturbericht. (7323)
Dr. Lissauer.

Bekanntmachung.

Berufs Verklarung der Ge-
wissheit, welche der Dampfer
Glenoe, Captain Philip, auf
der Reise von Danzig nach Rouen
erlitten hat, haben wir einen

Termin auf

den 10. December cr.,

Vormittags 9^{3/4} Uhr,

in unserem Geschäftsstelle Langen-
markt 43, anberaumt. (7337)

Danzig, den 8. December 1888.

Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 21. zum 22.
November d. J. ist der hiesige
Fleischermeister Eduard auf
dem Wege von Riesenkirch nach
Riesenborg um's Leben gekommen.
Killer Wahrscheinlichkeit nach hat
derfelbe in jener Nacht außer an
dem auch eine lederne Brief-
tafel reip. Notizbuch und einer
von Richter ausgestellten Schul-
schein über 1000 M. bei sich ge-
führt. Brieftafel (Notizbuch) und
Schulschein sind seitdem unauf-
findbar. Es wird daher an jeden,
welcher über den Verbleib dieser
Gegenstände Kenntnis hat, das drin-
gende ersuchen gerichtet, dem
Untersucheten davon ohne Ver-
zug Mittheilung zu machen. F. 688.
Riesenborg d. 4. Debr. 1888.
Rönigliches Amtsgericht
Baute. (7194)

Bekanntmachung.

Die zur Herstellung eines Fuß-
gängersteiges über dem Bäke-
Canal in Schidit erforderlichen
Arbeiten und Lieferungen und
waren: 855 Quadratmeter Stinken-
pflaster, 570 M. Bdr. Bordsteine,
ca. 100 Cbm. Unterbettungsstein
und 570 Quadratmeter Pflaster
sollen im Wege der Minus-Licita-
tion vergeben werden, ich habe
hierzu einen Termin auf

Montag, d. 17. Debr. cr.,

Vormittags 10 Uhr,

auf der Landes-Bau-
inspektion Neugarten 23/24 an-
beraumt und können die Be-
dingungen vorher während der
Dienststunden dafelb eingesehen
werden.

Danzig, den 5. December 1888.

Der Landes-Bauinspektor.

Breda. (7278)

Bekanntmachung.

In dem Konkurs betreffend
das Vermögen der Berentter
Credit-Gesellschaft Gd. Bestatter
soll eine Abtlagsvertheilung er-
folgen. Bei einer verfügbaren
Masse von 4216 M. 6 Pf. sind
8812 M. 97 Pf. Forderungen ohne
Berechtigung berücksichtigt. (7307)

Berent. d. 7. December 1888.

Der Konkursverwalter

Bronk. Rechtsanwalt.

Bekanntmachung.

Die Stadt-Sekretarie, ver-
bunden mit der des Steuer-Ge-
hobers soll vom 1. April 1889 ab
beendet werden.

Das feste Gehalt beträgt 1000 M.
jährlich und die jährliche Tan-
zmeile für Erhebung der ver-
schiedenen Steuern beläuft sich
auf ca. 500 M.

Caution sind 3000 M. erfor-
derlich.

Ziegendorf, im December 1888.

Der Magistrat.

Förster. (7295)

Loose

der Kötter Dombau-Lotterie
a 350 M. der Gold- und Silber-
Lotterie a 1 M. der Weimar'schen Kunst-Aus-
stellung-Lotterie a 1 M. zu haben in der
Expedition der Danziger Btg.
Weimarsche Kunstausstellung-
Lotterie, Hauptgewinn 25 000
M. Loote a 1 M. Letzte Kötter Dombau-Lotterie,
Hauptgewinn 75 000 M. Loote
a 350 M. bei (7310)

Eh. Berlinia, Gerbergasse 2

Bei Uebergabe meiner
Praxis an meinen Sohn Dr. v.
Hertzberg und Herrn Dr. Klethke sage ich für
das mir seit langen Jahren
erwiesene Vertrauen meinen
aufrichtigen Dank.
Hof-Zahnarzt

Robert v. Hertzberg.

Bezugnehmend auf obige
Annonce bitten wir das ge-
ehrte Publikum von Stadt und
Umgegend, das dem Herrn
Hof-Zahnarzt Robert v.
Hertzberg erwiesene
Vertrauen auf uns gütigst
übertragen zu wollen.
Danzig, Dezember 1888.

Hochachtungsvoll

Dr. H. von Hertzberg.

Dr. J. Klethke.

Der freie religiöse

Frauen-Verein

beabsichtigt auch in diesem Jahre,

seinen Jöglingen eine

Weihnachtsfreude

zu bereiten, und bittet alle, die
im dabei durch freundliche Gaben
unterstützt werden, diese an Frau

Durand, Sopengasse 50. Frau

Lenz, Schlossgasse 4 b. Frau

Rößner, Selt. Seiffgasse 124.

Frau Duit, Johanniskasse 24 zu

leisten. Der Vorstand.

Laubsäge- und Werkzeug-Kasten,
complett mit brauchbaren guten Utensilien,
Laubsäge, Laubsäge Vorlagen, Laubsäge-Holz
empfiehlt in grösster Auswahl zu billigen Preisen (7016)
Rudolph Mischke. Langgasse 5.

Weizen-Auction.

Montag, den 10. December 1888, Vormittags 11 Uhr,
Auction für Rechnung wen es angeht, über:
ca. 90 Tonnen Weizen (verzollt)
von Seewasser beschädigt ex Ed. Stencoe, im Bording am
Schabbel-Speicher liegend. (7314)

Collas.

Große Teppich-Auction

im Saale des Bildungsvereinshauses, Hintergasse 16.
Dienstag, den 11. December 1888, von 10 Uhr ab, werde ich
im Auftrage

500 Stück Salon- und Sopha-Teppiche

in allen Größen und Farben,
30 Tischdecken und 300 Meter Gardinen
an den Meistbietenden verfeilgen, wozu höflich einlade.
Bestichtigung von 9 Uhr ab gestellt.

Der vereidigte Gerichts-Taxator

7256

A. Collet.

Handarbeit-Gigarren [Specialitäten!]
mit Sumatra, Java, S. Felix- u. Sabaun-Dekkatt coellier Marke!
Qualitäts-Specialitäten I. Ranges
in 5 u. 6 Pfennigs-Cigarren! Specialitäten in kleineren Coquetas-Facons!
Ausführliche Beschreibung über Zusammenstellung der Zubate, Qualität, Facon, Größe der Cigarren etc. gratis und franco. Aufträge von Privatconcurrenten bestehen verboten! Velhagen & Weihe, Cigarrenfabr. (etabl. 1862) in Hersford i. Westf.

No. 4711
Eau de Cologne,
gotische grüne u. gold Etiquette.

No. 4711
Glycerin - Selsen,
ein parfümiert in allen Gerüchen empfohlen angelegerlicht

Alb. Neumann.
Die erste deutsche Cognac-Brennerei von S. Schömann, Trier (gegründet 1868) empfiehlt ihre mehrfach preisgekrönten Cognacs, welche genau nach Geschmack und Methode der französischen Cognacs hergestellt um kaum die Hälfte des Preises für diese vollständigen Erfolg bilde. (2849)

Austräge nimmt entgegen: Der Generalvertreter J. G. Schulz, Danzig, 3. Damm 9.

Prima Holländ. Austern, à Dutzend M. 2.00, täglich frisch zu haben in meiner Probit-Stube. (7145)

C. Bodenburg, Delicatessenhandlung Brodbänkengasse 42.

Echte Kieler Sprotten, 80 Pf. per Pfund, empfiehlt F. E. Gossing. Jopen- und Portchaisengassen-Ecke 14. (7332)

Gute, große türkische Plaumen empfiehlt pr. M. 20 Pf. größere Quantitäten billiger. (7081)

Königin Louise-Grube, Königliche Schnarke, Brodbänkengasse Nr. 47.

Fr. Kieler Sprotten, del. Pomm. Gänsebrüste, mit und ohne Knochen, Harzer-, Goldiner- und Aronenkäse empfiehlt Gustav Schmarz, Heilige Geistgasse 29.

Oberschles. Steinkohlen

Reeller Ausverkauf.

Möbel-, Spiegel- und Polster-Waaren-Geschäft

vollständig aufgezogen und offeriert den noch großen Dorrrath meines reich sortirten Lagers zu jedem nur annehmbaren Preise. Spiegel in reichhaltiger Auswahl. Polsterwaaren aus eigener Werkstatt.

J. Leckheim, IV. Damm 13, Ecke Tobiasgasse.

Auch ist das Geschäftsolok nebst Werkstatt zu vermieten resp. das Grundstück unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Auch gewähre ich bis zum Schlusse des Ausverkaufes monatliche Ratenzahlungen. (6741)

Montag beginnt der Ausverkauf

zurückgesetzter Handschuhe etc.

J. Rieser aus Throl, Langgasse Nr. 6. (7232)

Materialwaaren, Delicatessen. Spirituosen

Nach dem in der Emil Schreiber'schen Auktionsfassade eine besondere Gläubiger-Auktionsfassade zur Beschlussfassade über den Verkauf des Lagers auf

den 13. d. Mis., Vormittags 11 Uhr, anberaumt ist, sollen bis dahin Nachträge noch berücksichtigt werden, besonders bei Auktionsfassade des Geschäftsoloks.

Näheres Hundegasse 77, durch den Konkursverwalter

Eduard Grimm. (7299)

Danzig, den 7. December 1888.

Bon heute ab werden in der Weinstube der Handlung

C. H. Leutholtz

sämtliche Getränke zum Engros-Preise, d. h. ca. 20 p.C.

billiger als bisher, verabreicht. (7303)

Der Concursverwalter und der Gläubigerhandschuh.

Felix Gepp, Kunstdrechserei und Maarenlager.

Brodbänkengasse 49, geradliniger der Gr. Krämergasse.

Gräßes Lager aller nur vorkommenden Fachartikel. Bijouterie-

und Galanteriewaren, von den einfachsten bis höchst eleganteen,

reelle Maare, billige Preise. Werkstatt für Kunst- und ein-

farbe Drechserei, Schnitzer und Gravierarbeiten. (7311)

Nur Brodbänkengasse 49, geradliniger der Gr. Krämergasse.

Leiter Tag für 13. Februar.

Zweiter Tag für 2. Februar.

Leider Tag für 1. Februar.

<

Beilage zu Nr. 17423 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 8. Dezember 1888.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Schrader (kreis): Meine Aufgabe wird es zunächst sein, auf dem Boden dieser Vorlage und unter Vermeidung principieller Größerungen zu prüfen, ob der Zweck der Vorlage auf diesem Wege erreicht werden kann und eventuell wie weit. Ich muß dann einige allgemeine Gesichtspunkte hervorheben, auf welche man zu meinem großen Erstaunen bisher hier nicht gekommen ist. Es kann nicht genügen, nur zu sagen, wir wollen die sozialen Zustände bessern, und wir hoffen, daß dies Gesetz sie bessern wird. Für die Berechnung der Rente selbst fehlt es uns durchaus an sicherer Unterlagen. Wir können doch unmöglich eine zuverlässige Statistik für eine Sache haben, die noch garnicht besteht. Deshalb wird man bei Bemessung der Renten und Beiträge sehr vorsichtig sein müssen. Ich möchte den Reichstag warnen, über das hinauszugehen, was die Regierungen für zulässig halten, denn diese könnten ihm im Falle einer Calamität den Vorwurf machen, warum er nicht bei den vorgeschlagenen Sätzen stehen geblieben sei. Wir rechnen jetzt mit günstigen Verhältnissen. Aber denken Sie nur an die 70er Jahre. Würden Sie damals der Industrie und den Arbeitern gleiche Opfer zugemutet haben? Hierbei kommt noch die Altersgrenze in Betracht. Wenn die Rente erst im 70. Jahre gewährt wird, dann ist die Altersgrenze nicht von großer Bedeutung, sie wird es aber, sobald man die Altersgrenze herabzieht. Dann wird die Belastung eine erheblich größere. Bei der Berechnung der Renten und Beiträge sollen die Ortsklassen zu Grunde gelegt werden. Ich halte die Bemessung nach den Individuallöhnen für durchaus richtig. Aber die Durchführung dieses Gedankens würde die ganze Organisation für die Arbeitgeber und Arbeiter so erschweren, daß ich mir wohl denken kann, daß man Bedenken trägt, eine an sich richtigere Einrichtung zur Ausführung zu bringen. Mit den Ortsklassen kann ich mich schon deshalb nicht befriedigen, weil die Gefahr nahe liegt, daß der Arbeiter nicht die Rente bekommt, welche seiner augenblicklichen Lebenshaltung entspricht. Denn die Rente soll nicht nach dem letzten Aufenthaltsort berechnet werden, sondern nach der ganzen Zeit der Arbeit. Es kann vorkommen, daß in Berlin ein Arbeiter mit der untersten Rente von 72 Mark invalidisiert wird. Man hat nun den Vorschlag gemacht, dann möge der Arbeiter in einen billigeren Ort ziehen. Ja, das kann wohl ein pensionirter General oder Geheimrat, aber nicht ein Arbeiter, und dann können Sie ihm doch nicht zumuthen, daß er in einem Ort zieht, wo er gar keine Beziehungen zu Freunden und Verwandten hat. Die Sätze, welche der Arbeiter beziehen soll, sind so niedrig bemessen, daß der Arbeiter in den allermeisten Fällen damit nicht ausreichen wird. 33 $\frac{1}{3}$ oder 20 Pf. können selbstverständlich nur ein Zuschuß sein. Es handelt sich aber keineswegs bloß um den einzelnen Arbeiter. Eine ganze Reihe von Arbeitern wird in einem Alter invalide, in welchem ihnen noch die Sorge für ihre Familien obliegt; wie sollen sie da mit 100—120 Mk. eine mehrköpfige Familie ernähren? In der ersten Zeit soll die Rente sogar unter diesem Satz bleiben. Bei der Frau ist die Rente nur noch niedriger. Selbst bei einer höheren

Rente wird derjenige Arbeiter, der nur auf sie angewiesen ist, vor der Armenpflege nicht zu schützen sein. Mit dem Augenblick aber, wo die Armenpflege hinzutritt, ist jeder Vortheil dieses Gesetzes für den Arbeiter verloren, denn die Rente geht dann an die Armenverwaltung, und der Arbeiter steht unter der doppelten Controle der Armenpflege und der Invalidenversicherung. Der Arbeiter soll nun erst dann zum Empfange der Invaliditätsrente berechtigt sein, wenn seine Erwerbsfähigkeit nachgewiesen ist. Ein objectives Werkmal aber, daß der Arbeiter so erwerbsfähig ist, daß er die Minimalrente von 72 Mk. nicht mehr verdient, dürfte schwer zu finden sein. Es können nun Fälle vorkommen, welche dem Arbeiter sehr nachtheilig sind. Es ist die Möglichkeit, daß viele Arbeitgeber, die bisher aus Humanität sich enthalten haben, ihre Arbeiter zu entlassen, den Arbeiter viel früher für invalide erklären, als es diesem erwünscht ist. Es kann aber auch die Folge sein, daß eine viel größere Zahl von Arbeitern sich für invalide erklären läßt, als es sonst der Fall gewesen sein würde. Ich spreche nicht von Simulanten, sondern von solchen, die sich sonst etwas erspart haben. Daß zwischen der Armenunterstützung und der Unterstützung nach diesem Gesetz ein rechtlicher Unterschied besteht, brauchte uns Herr v. Marshall nicht erst auszusehen. Aber sie ist auch keine Selbsthilfe der Arbeiter, sie wird ihm zu einem großen Theil aus öffentlichen Mitteln und von Beiträgen erhaben, die sehr bald den Charakter von Steuern erhalten können. Wenn die Zeiten herankommen, wo diese Alters- und Invalidenversicherung wirksam sein wird, wird von dem Steuerüberschuss von heute auch nicht eine einzige Mark übrig sein. (Gehr richtig! links.) Um den Reichszuschuß zu decken, werden wir von neuem genötigt sein, die Steuern zu erhöhen, und zwar die indirekten, denn zu einer directen Einkommensteuer für die wohlhabenden Klassen würden Regierungen und Reichstag sich doch wohl nicht verstehen. National-liberale und Conservative haben sich früher entschieden gegen den Reichszuschuß erklärt, und derselbe wurde denn auch abgelehnt; damals führte ein conservativer Redner aus, es sei garnicht gleichgültig, ob die Unterstützung den Charakter einer Armenpflege oder der Selbsthilfe habe. (Hört, hört! links.) Wenn man die Arbeiter von Jugend an gewöhne, sich nicht auf ihre eigene Kraft zu verlassen, sondern auf den Staat, dann dürfe man sich nicht wundern, daß er nichts leisten könne oder wolle. Dieser Redner war derjenige Vertreter der verbündeten Regierungen, Herr v. Marshall! (Hört! hört! Heiterkeit links.) Diese prinzipiellen Bedenken existiren jetzt nur noch beim Centrum. Die Frage, inwieweit der Arbeiter oder Arbeitgeber den Beitrag zu zahlen hat, wird allerdings eine Frage des einzelnen Falles sein. Im großen und ganzen wird der Arbeitgeber die Last auf den Arbeiter wälzen, und zwar gerade der Großindustrielle. Wer Tausende von Mark an Beiträgen zu zahlen hat, wird leicht in die Lage kommen, von den Arbeitern durch Ermäßigung der Löhne diese Beiträge wieder einzuziehen. Die Arbeiter sind nicht organisiert genug, um dies von sich abzuwehren. Ich komme jetzt zum Umlage- und Deckungsverfahren. Das Deckungsverfahren ist zweifellos in mancher Beziehung bedenklich und die Anhäufung von Kapitalien ist nicht zu vermeiden, was um so

nicht gering anzuschlagen ist, weil diese Kapitalien grade der Industrie und den Arbeitern entzogen werden. Die übrigen schon in Deutschland angesammelten Kapitalien haben damit aber nichts zu thun. Die Kapitalien aus dieser Vorlage kommen weder der Landwirtschaft noch der Industrie zu gute, sie werden meist in Staatspapieren angelegt werden, und so wird das Reich und die Einzelstaaten in noch höherem Maße die Garantie für die Existenz dieser Versicherung übernehmen. Da sollten auch die Finanzminister einige Bedenken haben, denn die Entwertungen werden in Zukunft einen sehr großen Einfluß auf diese Versicherung ausüben. Sobald bei der Conversion nur $\frac{1}{2}$ Prozent heruntergesetzt wird, fallen die ganzen Berechnungen zu Boden. Und wer bringt dafür, daß die Summen, welche heut noch für abgemessen gehalten werden, im späteren Zeit geengt sind? Bei der Privatversicherung hat niemand Anspruch auf mehr, als er versichert hat. Sobald es aber allgemein das Princip aufstellen werden, je nach Umständen Erhöhungen eintreten müssen, wofür die Deckung in den bisherigen Beiträgen nicht vorhanden ist. Und das wird gerade beim Umlageverfahren noch mehr ins Gewicht fallen, wir werden also, wenn wir vorsichtig sein wollen, über das Deckungsverfahren nicht hinauskommen. — Von besonderer Bedeutung ist die Einführung des Quittungsbuches. Wie das Gesetz einmal konstruit ist, ist dies Buch immer noch der bequemste und sicherste Weg. Alle anderen Einrichtungen werden nur dann durchzuführen sein, wenn man es mit bestimmten Arbeiterkreisen zu thun hätte, und das Quittungsbuch ist auch am besten geeignet, um die industriellen Leistungen festzustellen. Man würde auch nicht so leicht so großes Misstrauen gegen das Quittungsbuch haben, wenn nicht von gewissen Parteien und Arbeitgeberkreisen verlangt worden wäre, daß man es zu Controle der Arbeiter einführen soll. Man kann daher den Arbeitern nicht übernehmen, wenn sie jetzt den Vorschlag ablehnen. Daher kommt es, daß nach keine einzige Arbeiterversammlung sich zustimmend zu dem Gesetz ausgesprochen hat. Wenn nun auch wohl ein Missbrauch des Quittungsbuches nicht beabsichtigt ist, so ist doch die Möglichkeit eines solchen nicht ausgeschlossen, da man sehr leicht durch dieses Buch nachweisen kann, bei welchem Arbeitgeber der Arbeiter gewesen ist, und sich hieraus die nötigen politischen Consequenzen ziehen lassen. Dazu kommen Kennzeichnungen, die nicht direkt nachweisbar sind u. s. w., so daß also die Möglichkeit, daß das Quittungsbuch zum Arbeitsbuch wird, in keiner Weise ausgeschlossen ist. Hier muß also irgendeine Abhilfe geschaffen werden, vielleicht in der Weise, daß das Quittungsbuch in die Hände der Krankenkasse gelegt wird. Eigentlichlich ist es, daß bei der geplanten Organisation die Berufsgenossenschaften so ganz bei Seite gelassen werden sollen, obgleich man denselben bisher so freundlich gegenübergestanden hat. Ich glaube allerdings auch nicht, daß diese Berufsgenossenschaften größere Aufgaben erfüllen können. Vielleicht kommt man allmählich dahin, die Berufsgenossenschaften zu beseitigen, weil man zur Einsicht gelangt ist, daß dieselben nur noch in ganz engen Grenzen erfolgreich wirken können. Ich glaube auch nicht, daß die Berufsgenossenschaften noch

nachträglich in die Vorlage hineinkommen werden, und das um so weniger, als sie selber wohl keine Neigung dazu haben. Aber auch die von der Regierung vorgeschlagene Organisation hat nicht viel Anklang gefunden und man hat daher den Vorschlag der Errichtung einer allgemeinen Reichsversicherungsanstalt gemacht. Ich bezweifle, ob dieser Gedanke zur Ausführung gelangen wird. Schon im Jahre 1881 scheiterte die Errichtung einer solchen Anstalt an der Abneigung der einzelnen Bundesstaaten, und seitdem ist das, was man den Reichsgedanken zu nennen pflegt, ganz erheblich schwächer geworden; das ist gerade auf dem Gebiete des Versicherungswesens hervorgetreten, wie sich aus der particularistischen Gestaltung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zur Genüge ergibt. Nicht einmal in den Kreisen derjenigen Parteien, die sich als besonders reichstreu hinstellen, hat der Reichsgebanke die particularistischen Bedenken überwunden. Dazu kommt die Erwägung, daß eine so ausgedehnte Reichsversicherungs-Anstalt zu einer zu großen Complicirung der Geschäfte führen würde. Ich halte nach alledem den Gedanken einer Reichsversicherungs-Anstalt nicht für besonders aussichtsvoll. Die Organisirung der Kranken- und Unfallversicherungs-Kassen zu diesem Zweck würde ja die Sache vereinfachen, wenn man geographisch-einheitliche Organisationen hätte. Aber wenn man eine Centralanstalt schaffen würde, so würde das nichts anderes sein, als ein Staat im Staat, und es würde so ein Socialstaat geschaffen werden, der unter Umständen für die Existenz des anderen Staates bedenklich sein könnte. — Alle von mir geäußerten Bedenken würden zurücktreten müssen, wenn wirklich durch dieses Gesetz der sociale Friede hergestellt wird. Aber ich meine, das vorliegende Gesetz ist im Gegentheil eine Prämie auf die Unzufriedenheit. Die Arbeiter sind doch nicht bescheidener als die anderen Klassen. Eben so wenig wie die große Liebe, die man der Landwirtschaft entgegengebracht hat, die landwirtschaftlichen Kreise befriedigt hat (Jururichts: ja wohl), wird man es schließlich den Arbeitern nicht verdenken müssen, wenn sie gegenüber der prinzipiellen Anerkennung, die ihre Forderungen finden, zu immer neuen Forderungen schreiten. Die nächste Folge des Gesetzes wird also die sein, daß die Arbeiter zum nächsten Gegenstande ihrer Agitation das Verlangen einer Erhöhung der Rentenbeiträge machen; und man wird diesen Forderungen nicht entgegentreten können, da für dieselben stets sehr treffende Gründe geltend gemacht werden. Von dieser einen Versicherung wird man dann auch bald kommen zu der Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, und dann wird es sehr unangenehm sein, wenn man nun mit einem Mal mit der Gesetzgebung halt machen muß. Durch die sozialen Reformen werden auch weiter die freiwilligen Befreiungen der Arbeiter wie der Arbeitgeber zur Unmöglichkeit werden, ebenso wie ja jetzt schon den freien Hilfskassen in Folge der Krankenversicherung das Leben nach Möglichkeit erschwert worden ist. Wenn aber Frieden zwischen den verschiedenen Klassen sein soll, dann muß der Arbeiter vor allem sich selbst bewußt werden, daß er aus eigener Kraft im Stande ist vorwärts zu kommen. Dessen sind sich die Arbeiter in früheren Zeiten bewußt gewesen, und der Arbeiter, der aus eigener Kraft etwas schaffen kann, wird auch mit viel größerer Liebe an der von ihm ge-

